

Norwegen streicht illegitime Schulden

Die norwegische Regierung hat Forderungen in der Höhe von 80 Mio. US-Dollar gegenüber fünf Entwicklungsländern für unzulässig erklärt und gestrichen. Ein internationaler Durchbruch für das Konzept der illegitimen Schulden, das von Entschuldungskampagnen, auch von der Aktion Finanzplatz, seit einiger Zeit propagiert wird.

Stefan Howald

Der norwegische Entwicklungsminister, Erik Solheim, verkündete den Entscheid Anfang Oktober. Danach sollen die Schulden von Ägypten, Ecuador, Jamaica, Peru und Sierra Leone einseitig und bedingungslos gestrichen werden. Diese Schulden gehen auf eine als Entwicklungshilfe getarnte Exportförderstrategie zwischen 1976 und 1980 zurück. Damals hatte die norwegische Regierung, um den in einer Krise steckenden einheimischen Schiffbau anzukurbeln, verschiedenen Entwicklungsländern insgesamt 150 in Norwegen gebaute Schiffe zu angeblich günstigen Kreditbedingungen angedreht. Doch statt die Entwicklung in den Empfängerländern zu fördern, blieben Entwicklungsruinen und Schulden zurück. Im Falle Ecuadors verlangte die norwegische Regierung zum Beispiel Staatsgarantien für die private Gesellschaft, die die Schiffe aufkaufte, und als die Firma nach vier Jahren ihre Zahlungen einstellte, gingen die Schulden an den Staat Ecuador über. Durch die in den vergangenen 16 Jahren entrichteten Zinsen ist der ursprüngliche Betrag mittlerweile auf das Fünffache angewachsen.

Der norwegische Entwicklungsminister Solheim hat nun eingestanden, das damalige Projekt sei einer falsch verstandenen Entwicklungspolitik entsprungen: «Als Gläubigerland trägt Norwegen Mitverantwortung für die daraus entstandenen Schulden. Indem wir die entsprechenden Forderungen streichen, erlauben wir den fünf Ländern, ihre noch ausstehenden Zahlungen einzustellen.» Weiter meinte er: «Die Schuldenstreichung wird auch Konsequenzen haben, wie wir in Zukunft verantwortungsvoll Kredite handhaben wollen.» Weiter stellte er in Aussicht, auch die entsprechenden Kredite an Burma und Sudan zu

streichen, sofern sich die politische Situation in diesen Ländern verbessert. Solheim hofft zudem, die norwegische Massnahme stosse eine internationale Debatte über die Verantwortung der Gläubiger an.

Der Entscheid ist ein grosser Erfolg für die norwegische Schuldenstreichungskampagne SLUG. Diese hatte bereits 2002 ein öffentliches Tribunal durchgeführt, an der die Kredite von NGO-Vertretern aus den betroffenen Ländern sowie von Experten kritisiert und verurteilt worden waren. SLUG-Koordinator Kjetil Abildsnes betont denn auch die Signalwirkung. «Norwegen akzeptiert weltweit einmalig eine Mitschuld. Damit ist Norwegen zum ersten Land geworden, das aktiv die Verantwortung der Gläubiger für illegitime Schulden bekräftigt.» Mit dem norwegischen Entscheid ist die geschlossene Phalanx von privaten und öffentlichen Gläubigern aufgebrochen worden, die sich bislang bei allen Umschuldungsaktionen weigerten, eine Mitschuld für die ausstehenden Kredite auf sich zu nehmen. Die norwegische Regierung hat im Übrigen bei der Weltbank eine Studie zu fragwürdigen Kreditvergaben angeregt und eine erste Teilfinanzierung gesprochen. Zudem will sich Norwegen den Schuldenverzicht bei der OECD nicht als Entwicklungshilfe gutschreiben lassen; eine Praxis, die leider auch in Deutschland und in der Schweiz angewandt wird.

Verschiedene internationale Entschuldungskampagnen haben den norwegischen Schritt begrüsst. Für das Konzept der illegitimen Schulden, nach dem undemokratisch und nicht im Interesse der Bevölkerung eines Landes eingegangene Schulden als unrechtmässig erklärt werden können, ist dadurch ein wichtiger Präzedenzfall entstanden. Die Aktion Finanzplatz Schweiz setzt sich seit etlichen Jahren dafür ein, dass dieses Konzept angewandt wird. Unsere jüngsten Aktivitäten zum Thema stellen wir in einem Artikel auf Seite 4 dieser Ausgabe vor.